Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordmann, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Annonces, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 148. [31. Jahrgang.] Berlin, Montag den 28. März 1892. Abends. **[31. Jahrgang.] Nr. 148.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, **für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Expeditionen und die Expedition dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32.** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.

Abonnements-Einladung.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel ersuchen wir um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements, zur Verhütung sonst eintretender Unregelmäßigkeiten im Eintreffen unserer Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint

12 Mal wöchentlich,

und beträgt das Abonnement für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die allwöchentlich der Ausgabe am Sonnabend angeschlossene „Sonntags-Beilage", sowie die „Verlosungs-Beilage" vierteljährlich für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie **Mk. 7,50.**

Abonnements werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie, in Berlin von den Stadtpostämtern und Zeitungsspediteuren zum Preise von Mk. 7,50 und von der Expedition der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", SW. Wilhelmstraße 32, entgegengenommen.

Ferner nehmen im Auslande Abonnements auf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" entgegen: die Postämter in Italien, Schweiz, Rußland und Polen, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Der Abonnementspreis erhöht sich in diesen Staaten um den entsprechenden Postaufschlag.

Unter Kreuzband bei täglich zweimaliger Versendung beträgt der Abonnementspreis der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" für das Vierteljahr:

In Deutschland u. Oesterreich-Ungarn Mk. 13.

Für Staaten, nach welchen eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 5 Pf. beträgt, Mk. 16,50.

Für Staaten, nach welchen eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 10 Pf. beträgt, Mk. 25.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 28. März.

Die Krankenkassennovelle hat endlich ihre Erledigung im Reichstage gefunden, nachdem sie dessen Arbeitskraft nicht nur ungewöhnlich lange, sondern wohl auch ungebührlich intensiv in Anspruch genommen hatte. Das Letztere rührte wesentlich davon her, daß die Freunde der „freien" Kassen immer wieder noch den Versuch machten, irgend eine vermeintliche Ungebühr von denselben abzuwenden, während der ausgesprochene Grundcharakter der ganzen Vorlage nur der war, auf Grund der in bald zehnjähriger Praxis gemachten und durch eine minutiöse Statistik erhärteten Erfahrungen Licht und Schatten zwischen den freien und Zwangskassen gleichmäßiger zu vertheilen.

Man darf wohl sagen, daß es im Großen und Ganzen gelungen ist, diese Absicht zu verwirklichen, welche von vorneherein dazu geführt hatte, in eine Revision des Krankenkassengesetzes einzutreten. Manche Beschlüsse, wie sie bei auch während der dritten Lesung recht mangelhafter Besetzung des Hauses gefaßt wurden, gehen zwar zu ernstlichen Bedenken Anlaß und dürften dauernd der ihnen schon jetzt entgegengestellten Kritik kaum Widerstand zu leisten vermögen. Indessen dürfte es doch in der Hauptsache gelungen sein, betreffs der Kassenleistungen jetzt solche Bestimmungen zu treffen, daß die freien Hülfskassen nicht mehr den Zweck des Krankenversicherungszwanges, die Erkrankten wieder mögen, daß sie statt ärztlicher Pflege Geld gesund zu machen, dadurch zu eliminiren versuchten, während die Zwangskassen das Erstere thun mußten, und dadurch in das falsche Licht geriethen, bei sonst gleicher Beitragsleistung weniger als die „freien" den bei ihnen Versicherten zu bieten.

Darf aber die Gesetzgebung vorläufig als in dieser Richtung abgeschlossen betrachtet werden, so ist es immerhin von Interesse, wenn schon jetzt im offiziellen Organ des sozialdemokratischen Parteivorstandes ein als aus Abgeordnetenkreisen stammend ausdrücklich bezeichneter Artikel sich mit der Frage beschäftigt, was angesichts der neuen Lage der Gesetzgebung zu thun sei, damit, wie es am Schlusse heißt, die von der Sozialdemokratie ins Leben gerufenen und patronisirten sogenannten „zentralisirten" Kassen „die Berechnungen der Gegner zu Schanden machen, indem sie ihre Kraft in erweitertem Maße der Arbeiterbewegung überhaupt zur Verfügung stellen."

Bisher haben die Freunde der „freien" Kassen, speziell der „zentralisirten", stets und auch noch bei den jüngsten Reichstagsverhandlungen beharrlich geleugnet, daß selbige mit der Sozialdemokratie irgend etwas zu thun hätten, oder gar Agitationsorgane derselben wären. Wenn jedoch im „Vorwärts" von „Arbeiterbewegung" die Rede ist, so wird man wohl, ohne dem Zwang anzuthun, was die Autoren sagen wollten, Sozialdemokratie lesen dürfen. Es ist daher festzunageln, daß der Zusammenhang der „zentralisirten" Kassen mit der Sozialdemokratie in deren Hauptorgan aus Abgeordnetenkreisen konstatirt worden ist.

Im „Vorwärts" ist dabei die Rede, eine Reihe der „zentralisirten" Kassen rüste sich ernsthaft, den entschiedenen letzten Schritt zu thun und sich zu Zuschußkassen umzuwandeln, womit sie natürlich die Eigenschaft verloren, daß ihre Mitgliedschaft als Erfüllung des Krankenversicherungszwanges gilt. Daß die „freien" Kassen, und in wesentlich stärkerem Maße gilt das von den „zentralisirten", ungünstigere Verwaltungsergebnisse aufweisen, als die Orts- und Betriebskassen, ist nicht nur natürlich, sondern auch durch die Krankenkassenstatistik über jeden Zweifel hinaus festgestellt. Daß also jene, wenn sie künftig dasselbe leisten sollen, was die Zwangskassen schon immer leisten mußten, kaum mehr als bisher prosperiren werden, ist immerhin wahrscheinlich; erklärt doch auch der „Vorwärts"-artikel deren Existenz wegen eben dieser ihnen auferlegten Mehrleistungen für „auf das Höchste gefährdet." Trotz dieser Erkenntniß und obwohl der „Vorwärts" noch besondere Beweise dafür beibringt, warum gerade jetzt die finanzielle Lage der „freien" Kassen sehr mißlich sei, Gründe allerdings, die in ganz gleicher Weise auf die Zwangskassen eingewirkt haben müßten, bei den durch die Statistik nachgewiesenen stärkeren Rücklagen der letzteren aber nicht die gleiche Höhe der finanziellen Verlegenheiten hervorgerufen haben dürften, — trotz alledem geht die ganze Tendenz dieser im „Vorwärts" aus Abgeordnetenkreisen niedergelegten Betrachtungen dahin, die „zentralisirten" Kassen davon abzuhalten, „die Flinte ins Korn zu werfen".

Zu dem Ende wird eine Konferenz von Vertretern der „zentralisirten" Kassen in Vorschlag gebracht, welche Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen aller in den Generalversammlungen der einzelnen Klassen schaffen soll. Es wäre das also ein neuer „Kongreß" sozialdemokratischer Delegirter, nachdem soeben erst der Halberstädter Gewerkschaftskongreß gleichen Charakters seinen Zweck vorläufig hat. Auch hier lautet also der Vorschlag aus der sozialdemokratischen Fraktion wieder nur auf „Organisation", und die Absicht geht dahin, der Partei „die Kräfte" der Krankenkassenorganisation auch ferner zu sichern.

Offenbar liegen aber im Einzelnen die Verhältnisse der „freien" und auch der „zentralisirten" Kassen verschieden, und das Richtige wäre jedenfalls, wenn jede derselben auf Grund ihrer Lage ihre Entschließungen fassen wollte. Damit würden jedenfalls die für kleine Kassen nicht unerheblichen Vertretungskosten bei der geplanten Konferenz für ihren eigentlichen Zweck, die Krankenfürsorge, erhalten. Sind aber die „zentralisirten" Klassen so über jeden Zweifel erhaben segensreich für die Arbeiter gewesen, wie man von jener Seite stets behauptet hat, leisteten sie schon bisher wirklich so Vorzügliches, so ist wirklich nicht abzusehen, weshalb sie in Zukunft in Bedrängniß gerathen sollten, da doch die ihnen vom 1. Januar 1893 ab vorgeschriebenen höheren Leistungen ihren Mitgliedern nur angenehm sein würden.

Halten aber die „Kreise" der sozialdemokratischen Abgeordneten eine „bedingungslose Einigkeit" ihrer Schützlinge für geboten — dann bezeugen damit sie, daß die letzteren ihren Schilderungen nicht voll entsprechen, und daraus werden allerdings gerade die tüchtigeren Arbeiter die Konsequenzen ziehen.

Der **Reichstag** beschäftigte sich in seiner heutigen (206.) Plenarsitzung mit dem Eisenbahn-Nachtragsetat in erster Lesung. Die Abgg. Dr. Hammacher, Hahn und Dr. Orterer erklärten mit Nachdruck auf die in keiner Weise erschöpfende Begründung eine Kommissionsberathung für nothwendig, und sprachen im Uebrigen ihr Bedauern über die späte Einbringung der Vorlage aus. Der preußische Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau sowie der Staatssekretair des Innern v. Boetticher erklärten, daß in der Budgetkommission eine ausführliche Begründung gegeben werden würde. Die Vorlage sei im militairischen Interesse so wichtig, daß ein Aufschub bis zur nächsten Session gefährlich werden könnte. Die Abgg. Hinze und von Kardorff erklärten, im Falle des Nachweises der Nothwendigkeit in der Kommission, schon jetzt ihre Bereitwilligkeit, die Vorlage zu bewilligen, Ersterer mehr im militairischen Interesse, Letzterer auch aus wirthschaftlichen Gründen, vor Allem mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit. Der Nachtragsetat wurde hierauf an die Budgetkommission gewiesen. — Das Haus trat sodann in die Spezialdiskussion der dritten Statsberathung ein. Beim Etat des Auswärtigen Amtes richtete Abg. Dr. v. Marquardsen an die Regierung die Anfrage, ob und welche Maßregeln getroffen seien zum Schutz der Inhaber portugiesischer Papiere gegen Verluste in Folge einer Krisis. Staatssekretair des Auswärtigen Amts, Frhr. v. Marschall, erwiderte, daß die Betheiligten, die so unvorsichtig gewesen seien, ihr Geld in Papieren von Staaten anzulegen, deren finanzielle Lage nicht sicher sei, nun die Folgen tragen müßten. Sie sollten sich eine Lehre daraus nehmen, mit ihrem Gelde in Zukunft redlich sich im Lande zu nähren. Auf eine Anfrage des Abg. Grafen Kanitz, ob es der Fall sei, daß die Vortheile aus den Handelsverträgen auch Staaten gewährt würden, die mit dem Reiche keinen Meistbegünstigungs-Vertrag abgeschlossen haben, wogegen er entschiedenen Protest einlegen müsse, gaben Staatssekretair Freiherr von Marschall und Schatzsekretair Freiherr von Malzahn beruhigende Erklärungen ab. Das Verzichtniß der meistbegünstigten Staaten von 1885 sei einer Revision unterzogen worden, und es würden nur solchen Staaten Vergünstigungen gewährt, von denen auch ohne einen ausdrücklichen Meistbegünstigungsvertrag dem Reiche Gegenkonzessionen zugestanden würden. Abg. Graf Kanitz hielt seine Bedenken, betreffend die Konzessionen an die Vereinigten Staaten, aufrecht und verlangte eine Kündigung des Verhältnisses mit ihnen. Er wurde darin durch den Abg. v. Kardorff unterstützt, der darauf hinwies, daß gerade die Vereinigten Staaten durch ihre Getreidezvorzinteressen auf Deutschland angewiesen seien. Die Abgg. Dr. Barth, Möller und Broemel traten dem Gedanken der Anwendung des Differentialzollsystems gegenüber den Vereinigten Staaten entgegen. Durch einen Zollkrieg würde Deutschland die vitalsten Interessen seiner Industrie schädigen und nur die Interessen der Schutzzollnervartei bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten befördern. Graf Kanitz hätte seine Unzufriedenheit mit der Handelspolitik des Deutschen Reiches dokumentiren sollen durch Nichtbewilligung des Nachtragsetats für die Weltausstellung in Chicago. — Auf eine Anfrage des Abg. Jebsen, ob die Regierung Schritte gethan habe, eine Entschädigung für das in Valparaiso während der Revolution in Chile widerrechtlich zurückgehaltene Schiff „Potsdam" zu fordern, erklärte Staatssekretair Frhr. v. Marschall, daß eine Entschädigung nicht aus formellen Rechtsgründen, sondern nur aus Billigkeitsgründen verlangt werden könne, daß aber auf eine diesbezügliche Anregung noch keine Antwort seitens Chiles eingegangen sei. Die Etats des Auswärtigen Amtes, sowie der Kolonialetat wurden darauf ohne weitere erhebliche Diskussion angenommen, letzterer gegen die Stimmen der Freisinnigen. Beim Etat des Reichsamts des Innern wurde eine Resolution des Abg. v. Meyer-Arnswalde, welche die Einstellung eines Dispositionsfonds in den nächstjährigen Etat zum Zwecke der Unterstützung talentvoller junger Künstler und der Förderung der monumentalen Malerei und Plastik verlangt, abgelehnt. Staatssekretair v. Boetticher und amerikanischer Bundesbevollmächtigter und Gesandter Graf von Lerchenfeld betonten die ungünstige finanzielle Lage des Reiches und befritten im Hinblick auf die außerordentliche Förderung der Kunst durch die Einzelstaaten und Private überhaupt die Nothwendigkeit eines Eintretens des Reiches. Graf Lerchenfeld führte insbesondere noch partikularistische Gründe ins Feld und befürchtete von der Ausführung der Resolution eine Zentralisation der Kunst, die ihrer Entwickelung nicht förderlich sein könne. Abg. Dr. Orterer schloß sich diesen Bedenken durchaus an, während die Abgg. Dr. Krause und Dr. Bamberger namentlich ästhetische Gesichtspunkte gegen den Antrag geltend machten, welcher denn auch schließlich vom Hause abgelehnt wurde. (Die Berathung wird bei Schluß des Berichts fortgesetzt.)

In der heutigen (7.) Plenarsitzung des **Herrenhauses** nahm vor Eintritt in die Tagesordnung der Herr Ministerpräsident Graf zu Eulenburg das Wort, welches seine im Abgeordnetenhause abgegebene Erklärung über die Trennung des Amts des Ministerpräsidenten von dem Amte des Reichskanzlers und über die Zurückziehung des Volksschulgesetzentwurfs wiederholte. Auf der Tagesordnung stand an erster Stelle die einmalige Schlußberathung der Denkschrift der Ansiedelungs-Kommission für Westpreußen und Posen. Nachdem Herr von Graß über den Inhalt der Denkschrift Bericht erstattet, wurde dieselbe durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt. Hierauf trat das Haus in die Berathung des Staatshaushaltsetats für 1892/93 ein. Namens der Kommission für den Staatshaushaltsetat und für Finanzangelegenheiten erstattete Herr v. Pfuel einen eingehenden Bericht über die Statsberathung in der Kommission, welcher bei Schluß dieses Berichts noch nicht beendet war.

In der heutigen (42.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** erschienen am Ministertische zum ersten Male der Präsident des Staatsministeriums Graf zu Eulenburg und der Kultusminister Dr. Bosse und nahmen von Mitgliedern des Hauses sehr zahlreiche Begrüßungen entgegen. Vor dem Eintritte in die Tagesordnung nahm alsdann das Wort

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Meine Herren! Der Mittheilung, welche Ihnen über Personalveränderungen im Staatsministerium zugegangen ist, möchte ich Folgendes hinzufügen: Die Vereinigung der Aemter des Reichskanzlers und des Präsidenten des preußischen Staatsministeriums bringt, wie nicht erst in neuerer Zeit bekannt geworden ist, ein Maß von Arbeit und Verantwortung mit sich, welches die Kräfte auch des leistungsfähigsten Mannes vorzeitig aufzureiben geeignet ist. Dazu kommt, daß die Stellung des Reichskanzlers eine freiere wird, wenn dieselbe von Zwischenfällen unabhängig wird, welche allein preußische Angelegenheiten betreffen. Wenn diese Erwägungen dazu geführt haben, das Amt des Reichskanzlers von dem des Ministerpräsidenten zu trennen, so ist dadurch, daß der Reichskanzler Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und Mitglied des preußischen Staatsministeriums bleibt, Fürsorge getroffen, daß die einheitliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und das bisherige gegenseitige Verhältniß des Reichs und Preußens nicht beeinträchtigt wird. Was sodann den Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf über die Volksschule angeht, so hat die Erörterung im Hause und im Lande schärfe Gegensätze hervortreten lassen, welche sich bisher unvermittelt gegenüberstehen. Auch die Berathungen Ihrer Kommission haben zu einer Verständigung nicht geführt (Widerspruch rechts und im Zentrum), und die Aussicht, daß sich eine solche werde erreichen lassen, nicht eröffnet. Da unter diesen Umständen ein befriedigendes Ergebniß nicht zu erwarten ist (Widerspruch rechts und im Zentrum), verzichtet die königliche Staatsregierung auf die Fortsetzung der Berathung des Gesetzentwurfs (lebhafter Beifall links; Zischen rechts) und behält es der weiteren Erwägung vor, wann und in welcher Weise innerhalb des durch die Verfassung gegebenen Rahmens sie auf die Angelegenheit zurückkommen wird. (Beifall links; Zischen rechts.) Abg. Rickert erklärt zur Geschäftsordnung, daß er sofort um das Wort gebeten habe, um auf die Rede des Ministerpräsidenten zu antworten; der Präsident habe ihm nicht das Wort ertheilt. Er behalte sich deshalb vor, bei nächster Gelegenheit auf die Rede zurückzukommen. Von den Gegenständen der Tagesordnung wurden der Gesetzentwurf zur Ergänzung der Gesetze, betreffend das Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen vom 15. März 1880 und betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche in den neun älteren Provinzen der Monarchie vom 15. Juli 1889, in dritter Berathung; ferner der Gesetzentwurf, betreffend die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, sowie in den Hohenzollernschen Landen, nach längerer Berathung in erster und zweiter Lesung erledigt, ebenso der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung älterer in der Provinz Hessen-Nassau geltender gesetzlicher Bestimmungen über die Untersuchung des Schlachtviehs und die Ausstellung von Viehgesundheitsscheinen, debattelos

---

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

Berlin, den 28. März 1892.

Wiener Bilder.

[Nachdruck verboten.]

Das Quodlibet im kolossalen Maßstabe und von möglichst groteskem Gepräge ist unsere neueste Vergnügungs- und Wohlthätigkeitsmode, und tout Vienne beschäftigt sich seit acht Tagen schon mit dem großen „Damenabend", der zum Besten des Pensionsvereins der Bühnenangehörigen gegen Ende des Monats stattfinden wird. Ein strenger Logiker würde muthmaßlich annehmen, daß die von dem „Damenabende" in Aussicht gestellten heiteren Produktionen ausschließlich von Damen bestritten werden würden, allein das nomen et omen trifft hier nicht zu, und unsere männliche Künstlerwelt wirkt kaum minder zahlreich an dem lustigen Wohlthätigkeitsakte mit, als ihre schönere Hälfte. Wollte man nach dem Ursprung dieser unrichtig bezeichneten Bezeichnung forschen, so wäre er wohl in der Absicht zu suchen, dem vorjährigen exklusiven „Herrenabend" heuer ein Pendant gegenüber zu stellen. Jedenfalls kann das Publikum bei der durch die Fusion erzielten Mannigfaltigkeit nur gewinnen, eine Einsicht, welche den Eifer der Plaqwerber gar lebhaft befeuert. Welcher Unterhaltungs-Gourmand würde auch freiwillig darauf verzichten, bei dem „dramatischen Gschnas" unsere ersten Künstler in ihrem Nichtberuf glänzen zu sehen? Kann es einen pikanteren Genuß geben, als unsere große Tragödin Frau Wolter mit ihrem klassischen Profil ein Kouplet singen zu sehen, dem unser Hamlet, Othello und Wallenstein, Herr von Sonnenthal, mit einem anderen repliziert? In ehemaligen sentimentalen Zeiten hätte man vielleicht eine Art künstlerisches Schwelgium darin gesehen und sich durch das Herablassen dieser Bühnenolympier zur grotesken Belustigung in seinem Enthusiasmus verletzt gefühlt, aber heutzutage ist man über solch empfindsame Heikelkeit des Geschmackes hinaus, und findet man an nichts so viel Vergnügen, wie an Menschen und Dingen, die nicht auf ihrem Platze sind. Vielleicht wird manchem der Glücklichen, denen es gelingt, dem Feste anzuwohnen, wenn sie künftig Sappho's Liebeslagen und der Medea wilde Verzweiflung aus dem Munde der Frau Wolter vernehmen, das lustige Kouplet in den Ohren summen, doch wird dies sicher den erhebenden Kunstgenuß nur noch durch den Kontrastreiz erhöhen. Daß die junge Garde des Burgtheaters — die weibliche nur — sich mit den Koryphäen des Ballets in der edlen Tanzkunst messen will, bekundet einen näher liegenden Drang zur Vielseitigkeit, und wir wünschen einigen dieser jungen Damen einen so glänzenden Erfolg auf choreographischem Gebiete, daß die Intendanz sich veranlaßt sähe, ihre Wirksamkeit dauernd auf dasselbe zu übertragen. Wer weiß, wie Viele unter den 196 Mitwirkenden bei dieser Platzverschiebung eine noch ungeahnte Talentsferne an sich entdecken, die sie zu einem Revirement ihrer Berufsthätigkeit veranlaßt!

Wenn diese Form aktiven und rezptiven Humors sich noch weiter entwickelt, so kann uns eine folgende Saison den Genuß gewähren, ein klassisches Drama — mindestens fragmentarisch — von verdienten Komikern der Weltbühne, eine tolle Posse von den Heroinen des Burg- und des Deutschen Volks-Theaters dargestellt zu sehen. Wir zweifeln nicht, daß die Wohlthätigkeit noch wesentlich an Zugkraft gewinnen würde, wenn z. B. Frau Palmay die pikante Nitouche und Brieß-Christel, die Jungfrau von Orleans, und Girardi, der prächtige Vogelhändler, den Lionel tragirte, und im Gegensatz der wirkungsvolle Oedipus und Marc Antonius, Herr Robert, sein elegisches Organ zu Diensten des Lumpaji-Vagabundus stellt. Frau Wolter eine Gallmeyerrolle, Frl. Sandrock, die eminente Eva und Alexandra, die „gebildete Köchin" spielte, und Herr Kraßel als Heldenliebhaber das Idol mindestens der sechzten Generation von Backfischen schon, auf den Beginn seiner Künstlerlaufbahn zurückgreifen und sich wieder in anmuthigen Entre-chats betähtigen würde. Die Stellung seiner Füße, die Haltung seiner Beine auch in den tragischen Momenten seiner liebenden Heldenhaftigkeit oder heldenhaften Liebe dient immer noch als genügender Befähigungsnachweis für sein unerloschenes Talent, auch im Ballet zu bezaubern. Für den Fall, daß schwerfällige Gemüther sich nicht allsogleich in derartige Transpontirungen von einer Kunstsphäre in die andere finden können, hat sich, gleichfalls wieder ganz sachgemäß, unser köstlicher Komiker vom Burgtheater, Herr Thimig, zum ernsten Anwalt solcher Revirements gemacht, indem er als Präses des Vereins die Bemerkung in die Welt sandte: „Wenn unsere Heroinen und Liebhaber lustige Lieder singen, unsere Sentimentalen und Naiven Ballet tanzen, unsere Primadonnen Schnadahüpfeln zum Besten geben, unsere Salondamen und Operettensterne Nestroy'sche Komikerrollen übernehmen, so werden Mitwirkende und Zuschauer von ähnlichem Humor erfüllt sein, als wenn ernste Maler und Bildhauer die ungeheuerlich-heiteren Gebilde ihrer Gschnasgallerie vorführen." Pedantische Logiker könnten allerdings finden, daß zwischen von der Persönlichkeit, die sie hervorgebracht, losgelösten Werken und dem Einsetzen der Persönlichkeit selbst noch einiger Unterschied herrsche, allein wer wird sich durch derart kleinliche Einwände beirren lassen! Und sollte wirklich irgend Jemand noch so naiv und altfränkisch sein, zu meinen, die Bühne könne einer gewissen Illusion nicht entrathen, und diese würde durch derartige salti mortali ihrer Priesterschaft gefährdet, so würde er mit Recht die geringschätzige Zurechtweisung und Abfertigung erfahren, daß die fin de siècle-Gesellschaft wie über so viele andere Vorurtheile auch über jenes einer angeblichen Illusionsbedürftigkeit längst hinaus sei. Jede Zeit hat ihre eigenen Bedürfnisse, und mochte eine frühere, abgethane, die Illusion pflegen zu treibt die jetzige dafür den Kult des haut-gout. Und daß dieser der Selbstbestimmung unserer Künstler innewohnt, kann Niemand leugnen.

Ein derartiger Umschwung der Zeitströmung gemahnt an die kühne Behauptung, ihr Ibsen's „Volksfeind" auffellt: eine Wahrheit sei stets nur dreißig Jahre lang eine solche und nach Ablauf dreier Jahrzehnte habe sie ihre Geltung verloren. Giebt es, mit Verlaub, nun auch einige Wahrheiten, die schon Jahrhunderte, ja selbst Jahrtausende unbeschadet überlebt haben, so verfallen doch wirklich gar manche dem Gesetze der einigen Wandelbarkeit alles Irdischen. In diese Kategorie gehört auch das weitverbreitete Diktum von der Leichtlebigkeit der Wiener. Dermaleinst wird es ja sicher seine Berichtigung gehabt haben, da so viele fremde und Einheimische in ihren Aufzeichnungen davon berichtet haben, und aber klingt es wie ein Märchen aus alten Zeiten in die Ohren. Nur im Phantasieleben giebt sich noch jede vielgerühmte und vielgeschmähte leichte Beweglichkeit der Wiener kund, im praktischen bekunden unsere lieben Mitbürger eine Schwerfälligkeit, die wahrhaft erstaunlich ist. Da offenbart sich einer jener wunderlichen Widersprüche, wie sie mehr oder weniger an jeglichem Individuum und an jeder Bevölkerung in irgend welcher Weise zu Tage treten. Die alte Verliebe, über alles Bestehende erbarmungslos zu raisonniren, ist auch den modernen Wienern treu geblieben, allein sie sind nebenher so konservativ, oder, es genauer zu bezeichnen, so gewohnheitsabhängig, daß sie, sobald eine längst getadelte Institution im Sinne ihrer Wünsche reformirt wird, sich gebärden, als würde ihnen ein unersetzliches Gut grausam zerstört. Da es immer am geratheusten ist, die „Travers de la nature" vom humoristischen Standpunkt aus zu betrachten, kann man sich an diesen plötzlichen Stimmungs- und Meinungsumschlägen um so gemüthsruhiger ergötzen, da die Wurzel des Uebels zugleich ihr Heilmittel ist, denn sobald die angescholtene Neuerung zur Gewohnheit geworden, wird sie dieselbe Macht üben, durch die sie heute bekämpft wird. Seit Dezennien bildet die Bevölkerung der Stadt durch die Linienwälle eine stehende Klagerubrik, und eine stattliche Summe städtischer Uebel wurde auf diesen, den Charakter einer modernen Großstadt schändenden Umstand zurückgeführt. Heute, wo diese Hemmung des Verkehrs im prinzipiellen Sinne gänzlich, thatsächlich zum großen Theil schon beseitigt worden, schreibt man dieselben langbeklagten Mißstände, weil sie nicht wie durch einen Zauberschlag verschwunden sind, der vorher so heiß ersehnten Schaffung Groß-Wiens zu. Trugen früher die Mautschranken Schuld an der Theuerung der Lebensmittel, so ist jetzt die Einbeziehung der Vororte in das Weichbild der Stadt die Ursache derselben, und so fort, das ganze Register von Unzukömmlichkeiten durch. Im Spätherbste war es die ungestüm geforderte Reform der Fahrtaxe der Lohnfuhrwerke, welche die tiefste Entrüstung hervorief und als so unbarmherzig bezeichnet wurde, daß die einschlägige Verwaltungsbehörde binnen ein paar Wochen sich genöthigt sehen werde, sie wieder aufzuheben. Neben allem Murren hierüber hat man sich innerhalb dieser wenigen Monate so gemächlich in sie eingelebt — der Polizeiausweis fährt in dieser Frist eine weit geringere Anzahl von Konkiften zwischen Fahrgästen und Kutschern auf als früher —, daß die vehementen Proteste nahezu verebbt sind. Dafür ist der gleiche Sturm gegen die neue Fahrordnung der Tramway, gegen ihre Einführung des Zonentarifs ausgebrochen, und abermals wurde prophezeit, daß sich die Neuerung nicht vierzehn Tage lang halten könne. Es sind nun drei Wochen darüber ins Land gegangen, die hochgehenden Wogen des Unwillens beginnen schon allmälig zu verebben, und der Verkehr regelt sich nach den neuen Normen ohne wesentliche Uebelstände. Nur die Exaltados der permanent Unzufriedenen erzürnen niemals in lautem Grollen und befreunden sich nicht mit dem relativ Besseren, weil es noch nicht das absolut Beste ist. Für sie geht die unwandelbare Lehre verloren, daß die Erfüllung jedes Wunsches immer auch ein gutes Theil Enttäuschung mit sich bringt.

Bruno Walden.